Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs
am 05./06.07.2005

4. Fortbestand des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses bei Verzicht des
   Arbeitgebers auf die Arbeitsleistung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts

- 312.0/312.3 -

Das Bundessozialgericht hat in ständiger Rechtsprechung für den Fortbestand eines versi-
cherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses gefordert, dass einerseits der Arbeitnehmer
seine Arbeitskraft gegen die vereinbarte Vergütung dem Arbeitgeber zur Verfügung stellt und
andererseits der Arbeitgeber seine Dispositionsbefugnis bzw. Verfügungsgewalt gegenüber
dem Arbeitnehmer bzw. dessen Arbeitskraft rechtlich und tatsächlich ausübt (vgl. u. a. Urteile
des Bundessozialgerichts vom 18.09.1973 - 12 RK 15/72 -, USK 73151, und vom 31.08.
1976 - 12/3/12 RK 20/74 -, USK 7698). Während die Dienstbereitschaft des Arbeitnehmers
und die Dispositionsbefugnis des Arbeitgebers bei vorübergehenden Arbeitsunterbrechun-
gen mit Entgeltzahlung - wie etwa bei bezahltem Urlaub oder Entgeltfortzahlung im Falle der
Arbeitsunfähigkeit - unzweifelhaft weiterhin vorhanden sind und damit auch von einem
Weiterbestehen des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses auszugehen ist,
beschreibt § 7 Abs. 3 SGB IV ausdrücklich vor, dass ein Beschäftigungsverhältnis gegen Ar-
bbeitsentgelt als fortbestehend gilt, solange das Beschäftigungsverhältnis ohne Anspruch auf
Arbeitsentgelt (z. B. bei unbezahltem Urlaub, Arbeitsbummelei, Streik oder Aussperrung)
fortdauert, jedoch nicht länger als einen Monat.

Darüber hinaus wird von einem Fortbestand des versicherungspflichtigen Beschäftigungs-
verhältnisses ausgegangen, wenn durch Arbeitsgerichtsurteil oder arbeitsgerichtlichen Ver-
gleich (z. B. bei Umwandlung einer fristlosen in eine fristgerechte Kündigung) das Ende des
Arbeitsverhältnisses auf einen Zeitpunkt nach dem letzten Arbeitstag festgelegt und dem
Arbeitnehmer für die Zeit nach Beendigung der tatsächlichen Arbeitsleistung das bisherige
Arbeitsentgelt oder ein Teilarbeitsentgelt gezahlt wird; in diesen Fällen besteht das versiche-
rungspflichtige Beschäftigungsverhältnis bis zu dem durch Urteil oder Vergleich festgesetz-
ten Ende des Arbeitsverhältnisses fort (vgl. Punkt 11 der Niederschrift über die Besprechung
von Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs am 05./06.06.1972\(^1\)). Und schließlich besteht auch bei einer Insolvenz des Arbeitgebers für die von der Arbeit freigestellten und weiterhin dienstbereiten Arbeitnehmer das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens bis zum Ablauf der für das Arbeitsverhältnis maßgebenden gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist fort (vgl. u. a. Punkt 1 der Niederschrift über die Besprechung von Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs am 24./25./26.03.1976\(^2\) und Punkt 1 der Niederschrift über die Besprechung von Fragen zum gemeinsamen Meldeverfahren am 29./30.10.1992\(^3\)).


\(^1\) DOK 1972 S. 577
\(^2\) DOK 1976 S. 630
\(^3\) DOK 1993 S. 630